

Niederschrift
über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am 08.10.2024

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Marcus Kleinkes

Herr Dr. Matthias Kulinna

Herr Ansgar Leder

Herr Andreas Rüther

Ausschussvorsitzender

SPD

Herr Jan Banze

Frau Roswitha Lammel

Herr Lars Nockemann

Frau Miriam Welz

Stellv. Ausschussvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Lisa Brockerhoff

Herr Gerd-Peter Grün

Herr Cim Kartal

Frau Hannelore Pfaff

Die Linke

Frau Astrid Lehmann

FDP

Herr Jan Maik Schlifter

Die PARTEI

Herr Jan Schwarz

AfD

Herr Dr. Dietrich Hahn

Beratende Mitglieder

Herr Cihad Kefeli

Herr Malte Lemmer

Herr Michael Menzhausen

Herr Tim Seidel

Frau Katharina Tweeboom

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Viktoria Praedicow

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Herr Poetting	Amt für Schule
Frau Fortmeier	Stab Dezernat 2
Herr Bilke	Amt für Schule
Herr Böhm	Sportamt
Herr Middeldorf	Sportamt
Herr Kunert	Amt für Schule
Frau Zellermann	Amt für Schule

Gäste

Frau Trockels	Kulturamt	TOP 3.9
Herr Lipperts	Amt für Verkehr	TOP 3.10

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 2 **öffentliche Sitzung Sport**

Zu Punkt 2.1 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 03.09.2024 Nr. 49/2020-2025**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil Sport der 49. Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 03.09.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.2.1 **Sachstand Freilufthalle auf der Rußheide**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

Zu Punkt 2.2.2 **Termine im Rahmen der Sportentwicklungsplanung**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

Zu Punkt 2.2.3 **Umbesetzung im Schul- und Sportausschuss**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

Zu Punkt 2.3 **Anfragen**

Keine

Zu Punkt 2.4 Anträge

Zu Punkt 2.4.1 Antrag der FDP vom 30.09.2024 zum Thema "Schwimmen in Bielefeld"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8836/2020-2025

Herr Schlifter (FDP-Fraktion) begründet den Antrag, dass das Thema bereits in verschiedensten Gremien behandelt wurde. Er wünsche sich eine abschließende öffentliche Beratung des Themas im Schul- und Sportausschuss.

Herr Nockemann (SPD-Fraktion) stimmt zu, dass es sich dabei um ein wichtiges Thema handeln würde. Die Beratung sei allerdings bereits in den letzten Sitzungen erfolgt und erst in der letzten Sitzung hat es dazu eine Mitteilung der Verwaltung gegeben.

Herr Kulinna (CDU-Fraktion) beantragt den Verweis des Themas in die Arbeitsgruppe Sportentwicklungsplanung, da das Thema dort inhaltlich besser aufgehoben sei.

Auf Antrag von Herrn Kulinna wird der Änderungsantrag in die AG Sportentwicklungsplanung verwiesen.

an Ausschuss o.a. verwiesen (GeschO-Antrag)

-.-.-

Zu Punkt 2.5 Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2025/2026 für das Sportamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8457/2020-2025

Herr Banze (SPD-Fraktion) erklärt, dass die Zustimmung vorbehaltlich der Abschlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss erfolgt.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan für den Doppel-Haushalt 2025/2026 mit den Plandaten für die Jahre 2025 bis 2029 und den Stellenplanentwurf 2025/2026 für das Sportamt wie folgt zu beschließen:

- 1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen 11.01.69, 11.08.01, 11.08.02 und 11.08.03 wird zugestimmt (Haushaltsplanentwurf 2025/2026 Band II, S. 321-322, 1207-1208, 1016-1017 und 1232-1233).**

- 2. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppen**

11.01.69 im Jahre 2025 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 35 € und ordentlichen Aufwendungen in

Höhe von 46.220 €
im Jahre 2026 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 35 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 47.001 €
(s. Haushaltsplanentwurf 2025/2026 Band II, S. 324-325)

11.08.01 im Jahre 2025 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 130.536 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 16.116.466 €
im Jahre 2026 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 123.624 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 17.382.267 €
(s. Haushaltsplanentwurf 2025/2026 Band II, S. 1211-1212)

11.08.02 im Jahre 2025 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 483.012 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.239.605 €
im Jahre 2026 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 426.778 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.187.589 €
(s. Haushaltsplanentwurf 2025/2026 Band II, S. 1220-1221)

11.08.03 im Jahre 2025 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 24.209 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 965.152 €
im Jahre 2026 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 24.209 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 966.966 €
(s. Haushaltsplanentwurf 2025/2026 Band II, S. 1235-1236)

wird zugestimmt.

3. Den Teilfinanzplänen der Produktgruppen

11.08.01 im Jahre 2025 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 62.877 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 €
im Jahre 2026 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 62.877 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 €
(s. Haushaltsplanentwurf 2025/2026 Band II, S. 1213)

11.08.02 im Jahre 2025 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 1.252.631 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 1.256.631 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 €
im Jahre 2026 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 4.000 € und Verpflichtungsermächtigungen

in Höhe von 0 €
(s. Haushaltsplanentwurf 2025/2026 Band II, S.
1222)

wird zugestimmt.

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.08.01 und 11.08.02 für den Haushaltsplan 2025/2026 wird zugestimmt

Dem Stellenplan 2025/2026 für das Sportamt wird zugestimmt. Die Änderungen gegenüber dem Stellenplan 2024 ergeben sich aus der beigefügten Veränderungsliste.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 2.6 Modernisierung des Sportplatzes Gleisdreieck

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8750/2020-2025

Herr Kefeli (Integrationsrat) erklärt, dass der Bedarf zur Sanierung der Sportanlage enorm sei und die beiden Sportvereine ein tragfähiges Konzept erarbeitet hätten. Der Integrationsrat begrüße die Maßnahme außerordentlich.

Herr Nockemann (SPD-Fraktion) und Herr Kartal (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) loben ebenfalls die Entwicklung und sehen gute Perspektiven für die beiden Sportvereine.

Beschluss:

Unter der Voraussetzung, dass die Vereine FC Türk Sport Bielefeld 1976 e.V. und Sport- und Kulturclub SC Hicret e.V. gemeinsam Eigenleistungen in Höhe von 180.000 € erbringen, soll der Sportplatz Gleisdreieck mit folgendem Ausbau modernisiert werden:

1. Großspielfeld von Tenne in Kunststoffrasen
2. Abstellflächen für die Kleinfeldtore außerhalb des Spielfeldes
3. Umgangswege mind. 3 m breit
4. Nebenflächen in Schotterrasen

Die nicht durch die Eigenleistung zu erbringenden Mittel stehen aus der Sportpauschale des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.7 Berichterstattung „Open Sunday“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8653/2020-2025

Der Ausschuss nimmt ohne Aussprache Kenntnis von der Vorlage.

Zu Punkt 2.8 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Kein Bericht

Zu Punkt 3 öffentliche Sitzung Schule

Zu Punkt 3.1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 03.09.2024 Nr. 49/2020-2025

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil Schule der 49. Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 03.09.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.2 Mitteilungen

Zu Punkt 3.2.1 Temporäre Modulbauten an Schulen

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

Zu Punkt 3.2.2 Sachstand zur schulischen Versorgung von Seiteneinsteigern (Flüchtlinge und Zuwanderer)

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

Zu Punkt 3.3 Anfragen

Zu Punkt 3.3.1 Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen vom 01.10.2024 zum Thema "OGS-Qualitätszirkel"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8815/2020-2025

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Anfrage und der Antwort der Verwaltung.

Zu Punkt 3.3.2 Anfrage der CDU vom 01.10.2024 zum Thema "Förderschule"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8816/2020-2025

Herr Dr. Kulinna (CDU) möchte ergänzend zu der Beantwortung der Anfrage durch das Amt für Schule wissen, ob die erwähnten zusätzlichen Personalressourcen bereits zur Verfügung gestellt worden seien und welcher Art die zusätzlichen Personalressourcen seien. Insbesondere fragt er, ob eine 1 zu 1 Betreuung stattfinden könne, damit dadurch für alle Schülerinnen und Schüler ein adäquater Unterricht sichergestellt wäre. Darüber hinaus fragt er sich, ob das Amt für Schule kurzfristige Maßnahmen plane, sofern kein adäquater Unterricht möglich sei.

Herr Poetting (Amt für Schule) führt aus, dass laut Rückmeldung des Schulamts Personalressourcen zur Verfügung stehen, es handelt sich hierbei um Lehrkräfte, Sonderpädagog*innen oder MPT-Kräfte. (Nachtrag: zum 01.11.2024 wurden 15 Stellen eingerichtet.) Eine 1 zu 1 Betreuung, das heißt Schulbegleiter, müssen durch die Eltern beim Sozial- oder Jugendamt, je nach Ausprägung der Teilhabebeeinträchtigung, beantragt werden.

Weitere Maßnahmen über die bereits geschilderten hinaus sind derzeit nicht geplant, sofern die Schulen weiteren Bedarf im Rahmen der Schulträgerangelegenheiten äußern, wird nachgesteuert.

Herr Schlifter (FDP) bittet die Verwaltung darzulegen, wie die Gespräche mit den Schulträgern der Förderschulen und dem Amt für Schule in Bezug auf die Einrichtung von zusätzlichen Schulplätzen voranschreiten.

Herr Poetting (Amt für Schule) erläutert, dass das Amt für Schule mit den Schulträgern der Mamre-Patmos-Schule und der Schule Am Möllerstift im Gespräch ist, aber beide Schulen räumlich und personell ausgereizt sind. Es wird aber auch im laufenden Schuljahr versucht, eine Mehrklassenbildung zu ermöglichen, ebenso perspektivisch für das nächste Schuljahr. Freie Plätze ergeben sich beispielweise durch Umzüge.

Herr Dr. Witthaus (Beigeordneter) ergänzt, dass es insgesamt einen Anstieg an SuS gibt und der Anstieg bei Kindern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf deutlich höher ausgefallen ist. Die SEP für die Förderschulen wird derzeit erstellt und in 2025 in die politischen Beratungen eingebracht. Der Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung wird nicht durch die Stadt Bielefeld sondern von nichtstädtischen Schulträgern abgedeckt. Auch hier wird es weitere Gespräche über die Kapazitäten geben.

Frau Welz (SPD) kritisiert die Anfrage der CDU im Hinblick auf die Wortwahl „Kindeswohlgefährdung“ im Zusammenhang mit Inklusion. Frau Welz (SPD) wünscht sich hier eine differenziertere Betrachtung von Beeinträchtigungen und appelliert, diese nicht nur als Defizite zu sehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Anfrage und der Antwort der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Anträge

Zu Punkt 3.4.1 Antrag der CDU vom 19.09.2024 zur "Aufhebung des Bielefelder Raumprogramms"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8822/2020-2025

Herr Kleinkes (CDU) begründet den Antrag und führt aus, dass die im April 2021 verabschiedete SEP eine gute Grundlage für das Schulbauprogramm gewesen sei, mit einem Volumen von mehr als einer Milliarde Euro. Mittlerweile haben auch die Verwaltung und Herr Kaschel (Stadtkämmerer) darauf hingewiesen, dass die Stadt Bielefeld sich in einer finanziell schwierigeren Lage befinde. Aufgrund dessen habe Herr Kleinkes (CDU) bei eigenen Berechnungen deutliche Mehrausgaben bei der Errichtung einer vierzügigen Grundschule und bei dem vierzügigen Gymnasium festgestellt. Fraglich sei jedoch, ob eine Einsparung zu einer schlechteren Beschulung führen würde. Die CDU ist der Auffassung, dass ein guter Schulraum nicht grundlegend etwas mit der Größe zu tun habe, sondern mit der Art und Weise der Beschulung. Daher könne man zu den Richtlinien aus 2021 zurückkehren und die Schulen des Gemeinsamen Lernens je nach Bedarf mit Therapie Räumen oder Pflegebädern ausstatten.

Frau Brockerhoff (Bündnis 90/Die Grünen) bittet, den Antrag in die Sondersitzung mit dem BISB zu verschieben. Inhaltlich gibt sie zu bedenken, dass eine Verkleinerung der Räume zu einem Mehrbedarf an OGS-Räumen führt. Neu zu errichtende Schulen sollen ihrer Meinung nach zukunftsorientiert auf Basis des Bielefelder Raumprogramms errichtet werden, insbesondere auch um Inklusion zu ermöglichen.

Herr Schlifter (FDP) verweist ebenfalls auf die negativ veränderte Finanzlage. Es sei in politischer Verantwortung das Raumprogramm zu überdenken, praktische Erfahrung mit einfließen zu lassen und Effizienz und Nutzen zu berücksichtigen. Herr Schlifter (FDP) appelliert, das Programm in der nächsten Sitzung mit dem BISB zu überarbeiten.

Im Folgenden wird von Frau Welz (SPD) und Herrn Kleinkes (CDU) darauf verwiesen, dass die Sondersitzung mit dem BISB von allen Seiten gut vorbereitet werden solle und der Termin für inhaltliche Diskussion und daraus resultierenden guten Ergebnissen genutzt werden solle. Herr Schlifter (FDP) bittet die Verwaltung, die notwendigen Informationen vom ISB im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss nimmt in 1. Lesung Kenntnis von der Vorlage-

Zu Punkt 3.5 Bericht zur Schulentwicklungsplanung

Der Ausschuss nimmt Kenntnis vom Sachstand.

Zu Punkt 3.5.1 Berichtsmatrix zu Schulbaumaßnahmen

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage

Zu Punkt 3.5.2 Konzept für ein Bielefelder Beratungs- und Unterstützungszentrum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8203/2020-2025/1

Frau Brockerhoff (Bündnis 90/Die Grünen) wünscht sich, die entstandenen Diskussionen im JHA widergespiegelt zu bekommen. Sie würde das Konzept gerne nach vorne stellen und beschließen, da es aus schulfachlicher Sicht eine zielführende Verbesserung sei.

Herr Kleinkes (CDU) gibt zu bedenken, dass der Sozialdezernent Herr Nürnberger selber über die Vorlage nachdenken müsse, und deswegen frage er sich, ob der Schulausschuss dann zu diesem Zeitpunkt schon heute einen Beschluss fassen sollte.

Frau Lehmann (Die Linke) entgegnet, dass der Schulausschuss aus schulfachlicher Sicht heute über das Konzept des BieBuZ, wie es vorliegt, beschließen könne.

Herr Schlifter (FDP) würde bei einer jetzigen Abstimmung ablehnen, da das Projekt eine Landesaufgabe sei. Einer Vertagung des Tagesordnungspunktes würde die FDP zustimmen.

Herr Leder (CDU) teilt mit, dass bei heutiger Abstimmung die CDU ablehnen werde, da das ganze Vorhaben zusätzliche parallele Strukturen schaffe. Er führt weiterhin aus, dass es bereits genug Beratungsstrukturen in Schulen gebe. Der Mehrwert sei seiner Meinung nach nicht erkennbar.

Herr Banze (SPD) würde heute gerne abstimmen, da aus schulpolitischer Sicht kein Beratungsbedarf mehr vorhanden sei. Er wünscht sich eine große Mehrheit für das Konzept.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

- 1. Der Schul- und Sportausschuss und der Jugendhilfeausschuss beschließen das pädagogische Konzept für ein Bielefelder Beratungs- und Unterstützungszentrum auf dem neu entstehenden inklusiven Bildungscampus an der Herforder Straße als Arbeitsgrundlage der Verwaltung.**
- 2. Die Verwaltung wird den mit der Umsetzung des Konzeptes verbundenen zusätzlichen Personal- und Ressourcenbedarf im Amt für Jugend und Familie – Jugendamt – ermitteln und diesbezüglich rechtzeitig vor Beginn der Pilotphase eine separate Beschlussvorlage in die politische Beratung einbringen.**

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 3.6

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8802/2020-2025

Es erfolgt keine Aussprache.
Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss / der Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Bielefeld, folgenden Beschluss zu fassen, der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zu stellen.

In den Haushaltsjahren 2025, 2026 und 2027 werden in der Produktgruppe 11.03.01- Bereitstellung schulischer Einrichtungen entsprechend der Anlage folgende Mittel zu Finanzierung des städt. Eigenanteils umgeschichtet:

2025	8.749 €
2026	26.246 €
2027	139.984 €

Bei der Beschaffung von IT-Geräten wird der Eigenanteil aus Mitteln des Medienentwicklungsplans (MEP), gedeckt. Gemäß Anlage sind folgende Mittel vorgesehen:

2025	19.073 €
2026	57.221 €
2027	305.160 €

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.7

Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2025/2026 für das Amt für Schule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8535/2020-2025

Herr Poetting ergänzt zur Beschlussvorlage, dass es beim GRW-Beschluss haushaltsneutrale Verschiebungen gibt, die in die Veränderungslisten eingepflegt werden. Des Weiteren bittet das Amt für Finanzen

um eine redaktionelle Veränderung: Für den Neubau der Grundschule Sieker sollen die Haushaltsmittel mit Entscheidungsbefugnis für die Bezirksvertretung, haushaltsneutral vom Bezirk Mitte zum Bezirk Stieghorst umgeschichtet werden.

Frau Welz (SPD) erklärt, dass die SPD vorbehaltlich der Abschlussberatung im FiPa bereit sei, TOP 3.7 und TOP 3.8 positiv zu beschließen.

Frau Lehmann (Die Linke) bedankt sich bei der Verwaltung für die umfassende Antwort und fragt darüber hinaus, wann die Verwaltung städtische Förderschulen und Berufskollegs in die bedarfsgerechte Versorgung mit kommunaler Schulsozialarbeit einzubeziehen gedenkt.

Herr Poetting (Amt für Schule) führt aus, dass die SEP Förderschulen derzeit erstellt wird und das Thema dort aufgegriffen werden kann. Darüberhinaus wird vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage keine Möglichkeit gesehen den Stellenplan aufzustocken.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus ergänzt, dass die Landesregierung nicht aus der Pflicht genommen werden kann für die Finanzierung der Daueraufgabe „Schulsozialarbeit“.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Vorbehaltlich der Abschlussberatung des FiPA empfiehlt der Schul- und Sportausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld, den Doppel-Haushaltsplan 2025/2026 mit den Plandaten für die Jahre 2027 bis 2029 wie folgt *unter Berücksichtigung des Beschlusses zu 3.6* zu beschließen:

1. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppen

11.01.64 „Schulausschuss“ (Band II Seiten 299f.) im Jahr 2025 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 61.111 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 422.183 € und im Jahr 2026 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 37.931 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 405.080 €,

11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ (Band II Seiten 827f.), im Jahr 2025 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 6.880.910 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 93.914.419 € und im Jahr 2026 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 13.045.707 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 92.598.614 €,

11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ (Band II Seiten 922f.) im Jahr 2025 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 24.857.387 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 51.874.106 € und im Jahr 2026 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 25.855.005 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 55.625.160 € und

11.03.04 „Schulaufsicht“ (Band II Seiten 953f.) im Jahr 2025

mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 25.000 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 899.277 € und im Jahr 2026 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 25.000 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 910.895 €

wird unter Berücksichtigung der sich aus der Anlage 1 ergebenden Veränderungen zugestimmt.

Die Veränderungen der Positionen 1,6,7 und 8 aus der Anlage 1 sind nicht gedeckt und werden daher zur Entscheidung in die Abschlussberatungen zum Haushalt 2025/2026 verschoben.

2. Den Teilfinanzplänen A sowie den Maßnahmen der Teilfinanzpläne B der Produktgruppen

11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ (Band II Seiten 829f.) im Jahr 2025 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 5.683.894 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 72.188.789 € und im Jahr 2026 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 3.972.032 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 155.186.874 € und

11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ (Band II Seiten 924f.) im Jahr 2025 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 11.851.033 € und im Jahr 2026 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 5.556.033 €

11.03.04 „Schulaufsicht“ (Band II Seiten 955f.) im Jahr 2025 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 0 € und im Jahr 2026 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 0 €

wird unter Berücksichtigung der sich aus der Anlage 2 ergebenden Veränderungen zugestimmt.

Die Veränderungen der Positionen 1, 3, 5, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 24, 27, 32, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43 und 44 aus der Anlage 2 sind nicht gedeckt und werden daher zur Entscheidung in die Abschlussberatungen zum Haushalt 2025/2026 verschoben.

3. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen

11.01.64 „Schulausschuss“ (Band II Seiten 296f.),

11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ (Band II Seiten 821f.),

11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ (Band II Seiten 917f.) und

11.03.04 „Schulaufsicht“ (Band II Seiten 950f.)

wird unter Berücksichtigung der sich aus der Anlage 3 ergebenden Veränderungen zugestimmt.

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen

11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ (Band II

Seite 916) und 11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ (Band II Seite 949)

wird unter Berücksichtigung der sich aus der Anlage 5 ergebenden Veränderungen zugestimmt.

5. Dem Doppelstellenplan 2025/2026 für das Amt für Schule wird zugestimmt. Die Änderungen gegenüber dem Doppelstellenplan 2025/2026 ergeben sich aus denen in den Erläuterungen aufgeführten Veränderungen und der als Anlage 4 beigefügten Veränderungsliste.

6. Der Produktgruppenübersicht der Produktgruppe 11.03.01 (*redaktionelle Änderung*) „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ (Band II Seiten 823ff.)

wird unter Berücksichtigung der sich aus der Anlage 6 ergebenden Veränderungen zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.8

Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2025/26 für den Stab Dezernat 2 - 092 -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8423/2020-2025

Es ergeht folgender

Beschluss:

Vorbehaltlich der Abschlussberatung des FiPA empfiehlt der Schul- und Sportausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld, den Doppelhaushalt 2025/26 2024 für den Stab Dezernat 2 mit den Plandaten für die Jahre 2025 bis 2029 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.19 wird zugestimmt (Haushaltsplanentwurf 2025/26 Band II, Seite 215).

2. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.19

im Haushaltsjahr 2025 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 481.867 €

im Haushaltsjahr 2026 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 490.495 €

wird zugestimmt (Haushaltsplanentwurf 2025/26 Band II, Seite 217 bis 218).

3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.19

im Haushaltsjahr 2025 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €,

**investiven Auszahlungen in Höhe von 1.668 € und Verpflichtungs-ermächtigungen in Höhe von 0 €
im Haushaltsjahr 2026 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 1.668 € und Verpflichtungs-ermächtigungen in Höhe von 0 €**

wird zugestimmt (Haushaltsplanentwurf 2025/26 Band II, Seite 219).

4. Dem Stellenplan 2025/26 für den Stab Dezernat 2 wird zugestimmt. Gegenüber dem Stellenplan 2024 ergeben sich keine Veränderungen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.9

Zweiter Kulturentwicklungsplan - Kulturentwicklung Bielefeld "Freiräume für Ideen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8241/2020-2025

Frau Trockels (Kulturamt) präsentiert den Kulturentwicklungsplan (KEP). Die Präsentation wird als Anlage beigefügt.

Herr Schwarz (Die Partei) bedankt sich und lobt die Diversität und Vielfalt der Themen, das Ergebnis spiegele die Beteiligung der Basis wider.

Herr Kleinkes (CDU) bedankt sich ebenfalls, sieht aber noch weiteren Beratungsbedarf und beantragt die 1. Lesung.

Herr Schwarz (Die Piraten) fragt, wie der weitere Zeitplan zur Abstimmung aussehe.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus erläutert, dass alle Anregungen gesammelt dem Kulturausschuss vorgelegt werden, so dass für diesen am 27.11 eine zweite Lesung geplant werden kann. Der Termin ist natürlich auch abhängig von der Vielzahl der Anregungen, sodass möglicherweise nicht die Ratssitzung am 19.12 erreicht wird sondern die erste Ratssitzung im neuen Jahr. Für die zweite Lesung werden dem Kulturausschuss alle Änderungen und Anregungen zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Kulinna (CDU) fragt, ob und wie die Bezirksvertretungen einbezogen werden.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus stellt hierzu zwei Möglichkeiten vor. Zum einen sollen die Bezirke konkret Hinweise und Rückmeldung zum KEP geben. Zum anderen handelt es sich bei dem KEP um eine Arbeitsgrundlage der Verwaltung. Sobald es um die Umsetzung der Maßnahmen geht und bezirkliche Interessen und Belange tangiert sind, ist es selbstverständlich, dass die Bezirke einbezogen werden.

Herr Kleinkes (CDU) bittet das Thema in der Sitzung am 19.11 erneut zu beraten.

Herr Rüter (Vorsitzender) stellt fest, dass mit dem Vorgehen alle einverstanden sind.

Der Ausschuss nimmt in 1. Lesung Kenntnis von der Vorlage -

Zu Punkt 3.10 Einrichtung von Schulstraßen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8151/2020-2025

Herr Lipperts (Amt für Verkehr) berichtet über die Informationsvorlage.

Herr Nockemann (SPD) betont, dass das Land NRW hier etwas inhaltlich Notwendiges auf den Weg gebracht habe. Dennoch gebe es Schulen in Bielefeld, an denen sich die Errichtung von Schulstraßen aufgrund des immensen Eingriffs in den Verkehr nicht ergeben könne. Er fragt nach, wie in den Bezirken nun weiterhin damit umgegangen werde.

Herr Dr. Kulinna (CDU) äußert seine Irritation zur Vorlage. Es scheint, als solle jeder Bezirk eine Schule auswählen. Es sei jedoch möglich, dass es nicht in jedem Bezirk einen Bedarf einer Schulstraße gäbe.

Herr Lipperts (Amt für Verkehr) erläutert, dass nicht in jedem Stadtbezirk eine Schulstraße errichtet werden muss, es weder eine Mindest- noch Höchstzahl gibt. Perspektivisch sollen die Schulen in jedem Stadtbezirk dahingehend überprüft werden.

Frau Pfaff (Bündnis 90/Die Grünen) möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie man Radfahrer dazu bringen könne, langsamer an den Schulen zu fahren.

Herr Lipperts (Amt für Verkehr) sieht hier wenig Möglichkeiten.

Herr Grün (Bündnis 90 /Die Grünen) möchte wissen, wie nun weiterverfahren werde im Hinblick auf bereits ausgewählte Schulen in den Bezirken.

Herr Lipperts (Amt für Verkehr) erörtert, dass bei 10 Stadtbezirken nicht in 10 Schulen zeitgleich die Schulwege optimiert werden können aufgrund der Personalbindung. Der Rat der Stadt sollte vor den Sommerferien einen Beschluss zur Priorisierung der Schulkonferenz fassen, dies ist nicht geschehen. Demnach gibt es keine Reihenfolge, mit welchen Schulen man zuerst beginnt.

Herr Grün (Bündnis 90 /Die Grünen) fragt, was Priorisieren bedeute Er hätte verstanden, dass fünf Schulen aus den zehn Bezirken zeitgleich auf den Weg gebracht werden sollen.

Herr Lipperts (Amt für Verkehr) erwidert, dass fünf Schulen nicht zeitgleich bearbeitet werden können, da die Polizei Kapazitätsprobleme hat. Demnach wird Schritt für Schritt vorgegangen.

Herr Seidel (Stadtelternrat) begrüßt die Fortführung der Thematik. Eltern würden das Thema gerne begleiten. Seiner Meinung nach würde die Beschilderung problematisch werden, da die meisten Eltern ihre Kinder bis vor die Schultür fahren und ein Bußgeld billigend in Kauf nehmen würden.

Frau Brockerhoff (Bündnis 90/ Die Grünen) merkt an, dass die Informationsvorlage nicht erkennen lässt, dass man sich von der Politik Vorschläge wünsche, welche Schulen zu priorisieren sind.

Herr Lipperts (Amt für Verkehr) teilt mit, dass die Verwaltung über die Politik versucht hat ein Ergebnis zu bekommen, es wurde jedoch keine Rückmeldung gegeben.

Herr Rütter (Ausschussvorsitzender) stellt klar, dass die Priorisierung nicht im Sport- und Schulausschuss erfolgt, da dies nicht der richtige Fachausschuss ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage

...

Zu Punkt 3.11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Kein Bericht

...

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Andreas Rüter
Ausschussvorsitzender

Astrid Zellermann
Schriftführung Schule

Arne Middeldorf
Schriftführung Sport

Daniel Seifert
Geschäftsführung